

Hintergrund

«Wir stehen an einem heiklen Punkt»

Europawahl Schriftsteller Jonas Lüscher sorgt sich um Europa, vergleicht die SVP mit der FPÖ und findet Manfred Webers Wahlkampf unerträglich. Die Probleme der Brüsseler Institutionen würden aber bereits mit der absurden und sperrigen Terminologie beginnen.

Judith Wittwer

Herr Lüscher, Europa wählt, doch nur wenige bewegt das. Leben wir in einem Europa ohne Europäer?

Natürlich ist das Interesse an der Europawahl nicht gross genug. Das Interesse an Politik ist nie gross genug. Das sehen wir auch bei nationalen oder regionalen Wahlen. Ich habe aber schon das Gefühl, dass sich sehr viele Leute als Europäer verstehen, auch viele Schweizer übrigens. Vor allem jüngere Menschen haben heute überhaupt kein Problem mit multiplen Identitäten. Sie sehen sich etwa als Europäer, Franzose, Pariser. Und so geht es auch mir: Ich bin Europäer, Schweizer und deutscher Doppelbürger, Münchner – und irgendwie bin ich immer noch Berner.

Ein Weltbürgerverständnis, das wohl kaum von allen Schichten geteilt wird.

Ich spreche hier, und das ist ein grosses Problem, vor allem von einem gebildeten und ökonomisch sorgenfreien Milieu. Weshalb soll ich mich als Europäer fühlen, wenn ich mein Viertel in der Peripherie von Neapel noch nie verlassen habe? Europa wird nur funktionieren, wenn die soziale Teilhabe gewährleistet ist.

Und ein Europa der Bürgerinnen und Bürger – gibt es das?

Das Problem ist die mangelhafte Zugänglichkeit der Brüsseler Institutionen. Das beginnt bei der teils völlig absurden und sperrigen Terminologie. Welcher Bürger kennt den Unterschied zwischen Europäischem Rat, Rat der EU und Europarat? Weshalb spricht man von Kommissaren und nicht von Ministern. Man wollte den Eindruck vermeiden, dass da in Brüssel eine Regierung sitzt. So schafft man aber Distanz.

Brüssel ist ja auch weit weg. Die Dinge sind dort so kompliziert, dass keiner mehr durchblickt. In der Krise entscheiden dann ohnehin die Nationalstaaten.

Die Staats- und Regierungschefs haben tatsächlich viel, vielleicht sogar zu viel Macht. Trotz aller Reformen zur Erhöhung der Legitimität kämpft das Europäische Parlament mit einem Demokratiedefizit. Das sollte man angehen.

Wie?

Mehr Legitimität gibt es nur mit mehr Europa. Damit spielt man den Rechtspopulisten aber in die Hände. Dann heisst es sofort: Seht nur, jetzt entmachten sie die nationalen Parlamente und Regierungen, was natürlich Blödsinn ist, weil gerade die Rechtspopulisten immer nach mehr Bürgerbeteiligung verlangen. Leider traut sich aber genau deswegen niemand, die dringend nötigen Reformen anzugehen.

So wird die Europawahl zum Verdikt über die nationale Politik.

Das ist systeminhärent und kaum zu verhindern. Wahlen in den deutschen Bundesländern sind auch ein Verdikt über die Bundespolitik. Kantonale Wahlen werden als Stimmungstest für die eidgenössischen Wahlen gewertet.

Wenn die Macht bei den EU-Ländern bleibt: Wieso soll man wählen gehen?

Weil praktisch alle wichtigen Themen auf nationaler Ebene nicht mehr zu lösen sind. Und zwar nicht nur für kleine Länder. Auch Deutschland, die grösste europäische Volkswirtschaft, ist nicht in der Lage, den Finanzmarkt alleine zu regulieren oder die grossen Silicon-Valley-Firmen im Zaum zu halten. Wir müssen zusammenarbeiten, wenn wir ein funktionierendes Steuersystem haben wollen. Wir brauchen eine stringen-



«Wo die Emotionen zu hoch schlagen, ist die Demokratie gefährdet», sagt Schriftsteller Jonas Lüscher. Foto: Reto Oeschger

te Aussenpolitik gegenüber China, und dem Klimawandel können wir sowieso nur gemeinsam begegnen.

Dennoch kann man die Massen nur schwer für Europa mobilisieren – das haben Sie im Herbst bei Ihrer Aktion ja auch erfahren müssen.

Wir wollten fünf Millionen Menschen für Europa auf die Strasse bringen. Das gelang nicht. Meine Gefühle dieser Aktion gegenüber sind rückblickend zwiespältig. Zwar gab es in 54 europäischen Städten Demonstrationen. In Polen, Ungarn, Italien oder Österreich, wo die Lage am dramatischsten ist, war viel los. Für die Menschen dort, so wurde uns rückgemeldet, war es wichtig, zu spü-

ren, dass sie nicht alleine gelassen werden. Das ganz grosse Zeichen ist die Aktion aber nicht geworden.

Fehlt es an Emotionalität für die europäische Sache?

Vielleicht. Aber auch das Gegenteil ist der Fall: Wo die Emotionen zu hoch schlagen, ist die Demokratie gefährdet. Derzeit passiert gerade beides. Da ist einerseits eine mangelnde Emotionalität zu spüren, weil die EU mittlerweile eine Selbstverständlichkeit ist. Wir wissen gar nicht mehr, was wir ihr alles zu verdanken haben. Auf der anderen Seite wird Europa von den rechtspopulistischen Kräften als grosse Gefahr für das Nationale dargestellt.

Der Europäischen Union fehlen auch Identifikationsfiguren. Oder was löst Manfred Weber bei Ihnen aus?

Oh, vieles. (lacht)

Hätten Sie den EU-Spitzenkandidaten vor einem halben Jahr in München auf der Strasse erkannt?

Nein, ich glaube nicht. Ich finde auch die Art und Weise, wie Weber in Bayern Wahlkampf betreibt, unerträglich. Sein Slogan «Ein Bayer für Europa» ist primitiver Tribalismus, der der europäischen Idee komplett widerspricht. Zugleich halte ich diese Fixierung auf Per-

sonen und knackige Slogans für problematisch. Man darf die Leute nicht für dumm verkaufen; die sind schon in der Lage, sich für Parteiprogramme zu interessieren. Überdies zeigt das Schweizer System ganz gut, dass man auch ohne diese Personalisierung auskommt. Unser Bundesrat betreibt ja auch keinen Wahlkampf für sich.

Taugt die Schweiz als Vorbild für Europa?

Die Schweiz hätte der EU mit ihrem politischen System schon viel zu bieten. Wir spielen aber nicht mit, sondern übernehmen nur Hunderte von Regulierungen. Was für die EU und die Schweiz schade ist.

Europa soll werden wie die Schweiz, fordert der österreichische Schriftsteller Robert Menasse.

Da hat er nicht ganz unrecht. Die Schweiz ist ja auch ein Europa im Kleinen. Eine Willensnation mit mehreren Sprachen. Auch unser Konkordanzsystem und das strenge Subsidiaritätsprinzip könnten der EU als Vorbild dienen.

Wie blicken Sie nach bald 20 Jahren in München auf die Schweiz?

Im Moment bin ich optimistischer als auch schon, obschon ich Lukas Bärfuss recht gebe, wenn er sagt, dass alle gros-

sen Veränderungen in der Schweiz von aussen angestossen werden müssen. Und es wird zu wenig über den Teller- rand hinausgeblickt. Wenn die wirtschaftlichen Kennzahlen für den Moment stimmen, ist alles gut. Dabei wird vergessen, über globale Entwicklungen nachzudenken, die in Zukunft auch das Leben in der Schweiz prägen werden.

Welche Fragen sollten wir uns stellen?

Viele, aber lassen Sie uns zum Beispiel nur mal auf den Balkan schauen. Die Lage dort ist erhitzt, der Nationalismus – wie überall – auf dem Vormarsch. Dass die ganz extremen Kräfte noch nicht überhandgenommen haben, hat viel mit der EU zu tun. Die EU wirkt mässigend, weil der EU-Beitritt für die Balkanstaaten eine Option ist. Wenn es dort zu neuen Krisen kommt, wird es neue Migrationswellen geben.

«Die Schweiz hätte der EU mit ihrem politischen System schon viel zu bieten. Wir spielen aber nicht mit.»

Jetzt reden wir wieder von Krisen, dabei sehen Sie die Schweiz doch optimistischer.

Ja, weil die Dominanz der SVP, die über viele Jahre als Faktum hingenommen wurde, aufgebrochen ist. Ich hoffe, das ist ein Zeichen für ganz Europa. Die Schweiz war Vorreiterin beim Aufstieg des Rechtspopulismus. Nun hoffe ich, dass wir auch wieder Vorreiterin beim Abbau des Rechtspopulismus sind.

Wobei man die SVP nicht 1:1 mit einer FPÖ, einem Rassemblement National oder der Lega Nord vergleichen kann.

Ja, jedem Land sein eigener Rechtspopulismus. Aber am Ende haben wir es doch immer mit denselben üblen alten Tendenzen zu tun: Nationalismus, Rassismus, Ausgrenzung Andersdenkender, Illiberalität und Antiintellektualismus.

Kann man auch ein guter Europäer sein und eine liberale Flüchtlingspolitik ablehnen?

Was hiesse «ablehnen»? Die Grenzen dichtmachen und die Leute in Nordafrika oder im Mittelmeer sterben lassen? Dann sage ich: Nein. Die Migrationskrise vom Sommer 2015 war ein wichtiger Moment für Europa, weil er uns das Elend der Welt mal vor die Haustür gestellt hat. Das war heilsam.

Der Heilungsprozess läuft noch.

Im Moment müssen wir ja nicht mehr gross darüber nachdenken. Weil es unseren Regierungen erneut gelungen ist, das Problem anderen zuzuschieben, indem sie mit Diktatoren und gescheiterten Staaten einen Handel eingegangen sind.

Die Rechtspopulisten dürften bei der Europawahl dennoch zulegen. Damit müssen wir leider rechnen.

Also steht Europa wirklich vor einer Schicksalswahl, wie viele behaupten?

Wenn mir befreundete Intellektuelle mit Migrationshintergrund erzählen, dass sie sich bereits überlegen, wohin sie im Notfall auswandern können, dann ist das ein deutliches Zeichen, dass wir an einem ganz heiklen Punkt stehen.